

nationalen Grenzen hinweg vorantrieb. Weniger Abgaben für die Leistungsträger und weniger Regeln für die Wirtschaft – das wollten die wirtschaftsnahen Kräfte in Europa genauso wie die in Amerika. Doch die Vordenker vergaßen dabei, dass eine globalisierte oder gar, in vielerlei Hinsicht, globale Wirtschaft auch globale Wächter und globale Regeln braucht. Und das vor allem dann, wenn der Staat sich zurückzieht und die Märkte entfesselt. Sonst geschieht genau das weltweit, was die Ordoliberalen im nationalen Rahmen zu verhindern suchten: Der Kapitalismus läuft heiß und gefährdet die Grundlagen seines eigenen Gelingens.

Insofern hinkte der »neue« neoliberale Gedanke seiner eigenen Zeit hinterher. Der Wächter- und Sozialstaat, an dem selbst einem Friedman gelegen war, hätte parallel zur weltweiten Entfesselung der Marktwirtschaft in globale Regeln und Institutionen überführt werden müssen. Erst dann können Menschen, Unternehmen und ganze nationale Gesellschaften miteinander in einen funktionierenden Wettbewerb treten.

Doch so einleuchtend der Gedanke ist, so sehr fehlt er bis heute bei den (Neo)Liberalen. Dort nachzuliefern ist ein Teil ihrer Verantwortung. Es wäre im wahrsten Sinne des Wortes liberal.



**Uwe Jean Heuser**

ist Redakteur der Wochenzeitung DIE ZEIT, wo er das Wirtschaftsressort leitet. Bei Campus erschien zuletzt: *Was aus Deutschland werden soll. Der Auftrag an die Wirtschaftspolitik.*

[uwe.heuser@zeit.de](mailto:uwe.heuser@zeit.de)

Gerhart R. Baum

## Freiburg ist noch aktuell

**Eine liberale Partei wird gebraucht – nicht nur vermisst**

«Ich vermisste den sozialen Liberalismus» – so ist ein Interview überschrieben, das ich vor Kurzem gegeben habe. Dieser Liberalismus hat in der FDP einen schweren Rückschritt erfahren, dessen Beginn sich zeitlich ziemlich genau datieren lässt. Auf dem Kieler Parteitag im Jahre 1977 wurde das von der so genannten Perspektivkommission unter meiner Leitung erarbeitete Konzept eines – wie es ausdrücklich hieß – Sozialen Liberalismus weitgehend zugunsten wirtschaftsliberaler Thesen verworfen. Diese Entwicklung war bis zum Ende der sozialliberalen Koalition zunächst nicht so stark erkennbar. Aber mit dem so genannten Lamsdorff-Papier, das die Trennung von den Sozialdemokraten be-

siegeln sollte, nahm die FDP 1982 dann endgültig Abschied von Geist und Inhalt der *Freiburger Thesen*, dem gedanklich am besten fundierten Programm, das die Liberalen je hatten: Es war vom Ziel bestimmt, die Gedankenwelt der Aufklärung auf die Herausforderungen in einer modernen Unternehmens- und Arbeitsgesellschaft zu übertragen.

Letztlich ist Freiburg gescheitert, und diese Entwicklung hat wesentlich zum aktuellen Niedergang der FDP beigetragen. Ihre auf Wirtschaftsthemen eingeeengte Programmatik, ihre intellektuelle Verarmung wurde zwar zeitweise durch Wahlerfolge überdeckt. Sie verlor aber zunehmend an liberaler Substanz – und am Ende

erreichte sie das eigentliche liberale Wählerpotenzial nicht mehr. Nach mehreren Jahren mit Umfrageergebnissen auf Bundesebene unter 5 %, kam im September 2013 die Stunde der Wahrheit: Eine derart verengte, programmatisch wie geistig reduzierte und nicht zuletzt personell ausgedörrte Partei brauchte und wollte die Republik nicht – wohl aber bis heute immer noch eine liberale Partei, die auf allen Feldern der Politik liberale Positionen konsequent vertritt. Eine solche liberale Partei ist zurzeit (noch) nicht sichtbar. Die FDP befindet sich nun in einer Phase der Besinnung auf ihre eigentlichen Ziele. Ich hoffe, dass ihr dies mit dem neuen Vorsitzenden Christian Lindner gelingt. Er hat das Zeug dazu. Ob dieser Prozess zu einer sozialliberalen Renaissance führt, ist offen und bedeutet auch nicht – um Missverständnissen vorzubeugen – eine Verengung auf eine sozialliberale Koalitionsoption.

Es lohnt sich nachzulesen, welche Positionen herausragende Vertreter eines sozialen Liberalismus wie Flach, Maihofer oder Dahrendorf unter den Vorsitzenden Scheel und Genscher bis in die 70er Jahre hinein vertreten haben. Auch seinerzeit ging es um das *Noch eine Chance für die Liberalen* – so der Titel der Streitschrift über die *Zukunft der Freiheit* von Karl-Hermann Flach. Die FDP war auch damals in ihrer Existenz bedroht, aber sie hat gekämpft. Gekämpft nicht nur für eine neue Deutschland- und Ostpolitik, die es ohne sie nicht gegeben hätte. Hier wurde übrigens auch der Grundstein für die deutsche Einheit gelegt. Ein wichtiges Ziel war auch die Reform, nicht die Abschaffung des Kapitalismus. Es war die Erkenntnis oder, besser: die Einsicht, dass Freiheit nur dann Bestand hat, wenn soziale Gerechtigkeit verwirklicht wird. Flach zitiert Wolfgang Döring: »[D]er liberale Gedanke war immer dann erfolgreich, wenn er ... mit Gedanken des politischen und sozialen Fortschritts verbunden war«. Und fügt hinzu: »[D]as haben wir in Freiburg aufgearbei-

tet«. Freiburg war kein linkes Programm von Träumern, die nicht die Schwächen ihres Koalitionspartners wahrgenommen hätten. Die Einführung der überbetrieblichen Mitbestimmung beispielsweise war ein gemeinsamer Kraftakt, eine historische Entscheidung für die Teilhabe der Arbeitnehmer an den Unternehmensentscheidungen. Sie wurde von den Liberalen mitgestaltet und mitgetragen. Aber es gab in der damaligen Koalition auch deutliche Meinungsunterschiede, die 1982 – als sich Schmidt genötigt sah, die Vertrauensfrage zu stellen – erkennbar wurden. Sie rechtfertigten allerdings nicht den Koalitionsbruch von 1982, der auch in der Art, wie er vollzogen wurde, zu einem Aderlass an sozialliberalen Mitgliedern und Sympathisanten führte. Dieser Aderlass wirkt bis heute nach. Eine neue Koalition hätte überzeugend begründet werden müssen, und zwar auch auf der Grundlage von Freiburg und nicht vor allem auf dem Lambsdorff-Papier.

Nicht nur die Freiburger Grundgedanken eines sozialen Liberalismus sind heute noch aktuell, sondern auch die Vorschläge für einzelne Politikbereiche, z. B. das konkrete Drängen auf Verwirklichung der bis heute nicht voll erfüllten Forderung nach einer Bildung für alle. Nur so lassen sich ernsthaft gleiche Lebenschancen verwirklichen, die Kinder aus einkommensschwachen Elternhäusern oftmals nicht haben.

Es ist unbegreiflich, dass die FDP auf ein Kernstück des Freiburger Programms, auf die liberale Umweltpolitik verzichtet hat. Es war das erste Umweltprogramm einer Partei in Deutschland. Umweltpolitik ist in der sozialliberalen Koalition von liberalen Innenministern 13 Jahre lang aufgebaut worden.

Ich bin der Überzeugung, dass die Besinnung auf Freiburger Werte unverzichtbar ist – insbesondere dann, wenn sich die FDP von der »Ära Westerwelle«

*Besinnung auf  
Freiburger Werte*

abgrenzen will. Sie muss den Liberalen im Lande unmissverständlich deutlich machen, dass die kalte materielle Orientierung am Markt und an Klientelgruppen zu Ende ist. Das geht nur, wenn der soziale Liberalismus im Zusammenhang mit der marktwirtschaftlichen Grundkompetenz einer liberalen Partei einen sichtbaren Stellenwert in der liberalen Politik gewinnt. Mein von mir hochgeschätzter Amtsvorgänger Werner Maihofer schrieb zum Thema Gleichheit in Freiheit: »Dieser Vorrang der Freiheit vor den Werten der Gleichheit und der Brüderlichkeit führt nicht nur zu einem anderen liberalen Verständnis der Freiheit, sondern ebenso auch zu einem anderen Verständnis der aus dem Vorrang der Freiheit in einer liberalen Gesellschaftsordnung und demokratischen Staatsverfassung folgenden ›Gleichheit in Freiheit‹, aber auch ›Brüderlichkeit in Freiheit‹.«

Gleichwohl müssen wir Ungleichheiten bei der Verteilung zulassen, weil sie – wie John Rawls in seinem bahnbrechenden Werk *Eine Theorie der Gerechtigkeit* von 1971 sagt – »manchmal dazu führen, dass es allen besser geht – allerdings nur solche Ungleichheiten, die die Produktivität der ganzen Gesellschaft befördern und so die Lage derjenigen verbessern, die es am schlechtesten haben«. Das ist ein hoher Anspruch.

Zu den Werten, die eine Gesellschaft zusammenhalten, gehört unbedingt eine ethische Grundorientierung am Gemeinwohl und am Prinzip der Gerechtigkeit, so schwierig dieses auch zu definieren ist. Und oft wird dieser Begriff auch überstrapaziert und missbraucht. Die Forderung nach Gerechtigkeit darf nicht »zu Niveauenkung und öder Gleichmacherei führen, die Leistungsanreize abtötet«, sagt Flach. Und heute gehört zur politischen Identität der FDP nach wie vor die Forderung von Selbstverantwortung und Leistungsbereitschaft. Dem Staat müssen Grenzen gesetzt werden. Überzeugte Liberale werden daher manche Entscheidungen der aktuellen

Großen Koalition nicht akzeptieren. Bedenkenlos werden Unsummen für fragwürdige Zwecke ausgegeben, die kommende Generationen belasten. Gerade deshalb müssen sich Liberale der Herausforderung stellen, Gerechtigkeit einmal aus liberaler Sicht zu definieren. Auf keinen Fall dürfen sie sich dazu verführen lassen, das Thema Gerechtigkeit nur deshalb zu meiden, weil sie meinen, dass sie vor allem in Abgrenzung zur so genannten Sozialdemokratisierung der Union Wähler gewinnen können. Die Abgrenzung muss erfolgen, aber eben auf der Basis eigener Grundwerte. Die FDP wird sich nicht erholen, wenn sie den Wirtschaftsrat der Union zu ihrer Zielgruppe macht oder allein den so genannten Mittelstand: eine Kategorisierung im Übrigen, von der sich viele ausgeschlossen fühlen – und die eben auch viele ausschließt. Es geht nicht nur um den Handwerksmeister, sondern auch um seine Mitarbeiter. In der Mitte des Parteienspektrums ist Platz für eine liberale Partei, die konsequent auf eine *sozialverpflichtete Marktwirtschaft* und gleichzeitig konsequent auf Menschen- und Bürgerrechte setzt. In diesem Sinne sind alle anderen keine liberalen Parteien. Darauf hat Heribert Prantl kürzlich zu Recht hingewiesen. Und es darf auch keine Scheu geben bei der Verwendung des Begriffs »sozialliberal«. Er ist ein Stück Tradition der FDP. Er ist ein erfolgreiches Stück Tradition der FDP.

In der FDP gibt es heute eine Gruppe, die Freiburg als einen Irrweg ansieht und Flach als einen Liberalen »auf dem Weg zum Sozialismus« denunziert. Die FDP wird mit einem marktradikalen Kurs, der von dieser Gruppe vertreten wird, keinen Erfolg haben. Mit solchen Vorstellungen lässt sich heute kein Land mehr regieren. Dieses Feld sollte diese Gruppe bitteschön kampfflos den wirtschaftsliberalen Professoren der AfD überlassen, die sich in enthemmt ungenierter Weise für ein »Europa der Besserverdienenden« engagieren. Professor Maihofer hatte immer darauf hinge-

wiesen, wie viel Aufklärung im wahren Liberalismus steckt. »Kant kommt wieder«, war ein beliebter Ausspruch von ihm. Und weder Kant noch Flach waren »Linke auf dem Weg zum Sozialismus«. Das ist doch absurd.

Drängende Probleme des Kapitalismus, die man in den 70er Jahren noch gar nicht kannte, bedürfen heute anderer politischer Antworten und Herangehenswei-

*Neue Herausforderungen – auf Liberale zugeschnitten*

sen. Die immer noch weitgehend unkontrollierten Finanzmärkte drohen unsere Marktwirtschaft zu ruinieren. Sie sind Teil der Informationsökonomie – also des digitalen Systems –, das dabei ist, unsere Gesellschaft stark zu verändern. Freiheit, Menschenwürde, Wettbewerb sind betroffen, also eine auf Liberale zugeschnittene Herausforderung. Sie müssen sich ernsthaft und schnellstmöglich damit befassen.

Und es sind noch weitere Missstände zu benennen: Diejenigen, die in unserer Gesellschaft Macht und Einfluss haben, sollten eine gewisse Vorbildfunktion erfüllen und sich so verhalten, dass ihre privilegierte Stellung auch noch von denen akzeptiert werden kann, die es am schlechtesten haben. Wie lässt sich plausibel erklären, dass Vorstandsvorsitzende im Vergleich zu den Beschäftigten horrenden Vergütungen und Abfindungen erhalten, die man wirklich nur noch als unanständig bezeichnen kann? Diese Gier hat in den letzten Jahren zugenommen.

Eine ins Gewicht fallende Veränderung in den letzten Jahren ist auch der zunehmende Einfluss von großen international operierenden Investitionsfonds. Sie fordern den Verantwortlichen in den Firmen eine rigorose Gewinnorientierung ab. Demgegenüber sind beispielsweise Eigentumsunternehmer, die oft das volle Risiko tragen, in der Regel immer auch am sozialen Ausgleich orientiert und am Wohlergehen der Region, in der sie tätig sind.

Die meisten Eigentümer sind gemeinwohlorientiert. Und genau diese Tatsache hat zum erfolgreichen Wirtschaftsmodell der Sozialen Marktwirtschaft nach dem Krieg wesentlich beigetragen.

Ja, ich vermisse also den sozialen Liberalismus, wie er in den Grundgedanken im Freiburger Programm der FDP definiert wird – das heißt, die Verbindung des Marktes einer dezidiert sozialen Marktwirtschaft mit den Werten des Grundgesetzes. Frank Schirrmacher äußerte sich einmal wie folgt über die Babyboom-Generation: »Sie hatten keine Idee, sie hatten den Markt und sonst nichts.« Und er fügte hinzu: »Gesellschaften lassen sich nicht aus Marktmechanismen erklären.« Es ist eben ein Irrtum, dass zwischen persönlichem Vorteil und allgemeinem Wohl ein selbstverständlicher Einklang bestünde. Sonst käme es nicht zum Problem der wachsenden ungleichen Vermögensverteilung im Land. Die reichsten 10 % der Deutschen verfügen über mehr als die Hälfte des nationalen Gesamtvermögens. Um es noch weiter zuzuspitzen: 0,1 % der Superreichen halten 23 % des Gesamtvermögens in der Hand. Diese Zahlen sind die Faktenlage. Die Reichen wurden in den letzten Jahren, trotz Finanzkrise, immer reicher, ihre Vermögen stiegen exorbitant. Diese Schere hat sich in den letzten 20 Jahren immer weiter geöffnet. Eine liberale Partei hingegen steht ohne Wenn und Aber für *Leistungsgerechtigkeit*. Geeignete Bildungsangebote müssen den Weg öffnen, damit jede und jeder auch ihre/seine Chancen im Beruf wahrnehmen kann. Aber hinzukommen muss *Verteilungsgerechtigkeit*. Sie darf nicht durch platte Polemik als »sozialistische Umverteilung« denunziert werden.

Ich habe große Zweifel, welche Wirkungen eine Vermögenssteuer nach sich ziehen würde, ob sie praktikabel und ob sie überhaupt verfassungsfest wäre. Ohne Zweifel gehören aber Korrekturen bei der Erbschaftsteuer, die Karlsruhe sicher fordern wird, auf die politische Tagesordnung

– und auch andere Korrekturen im Steuerrecht. Denn auch soziale Ungerechtigkeit ist eine Gefahr für eine freie Gesellschaft. Werner Maihofer hat auch das für die FDP über den Tag hinaus schon vor über 40 Jahren so formuliert: »Ein gesellschaftlicher Zustand der sozialen Ungerechtigkeit entsteht durch eine übermäßige Ungleichverteilung, die gekennzeichnet ist von Einkünften wie von Gütern. Zwischen den Einnahmen, die ein Zuviel, und den Anderen, die ein Zuwenig an Vorteilen aus der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und der ihr nachfolgenden Einkommens- und Besitzverteilung erlangen.« Das ist sozial ungerecht und auch gesellschaftspolitisch gefährlich. Vor allem jedoch ist es mit den liberalen Forderungen nach Gleichheit der Lebenschancen unvereinbar.

Es ist auch nicht allein Aufgabe des Gesetzgebers, für Korrekturen zu sorgen. Mehr denn je brauchen wir einen »sozialen Klimawandel« zugunsten eines neuen Bewusstseins in unserer Gesellschaft, das Gier und hemmungslose Bereicherung diskreditiert. Es ist doch erstaunlich, dass Menschen, die nun wirklich ein gutes Auskommen haben, nicht genug bekommen können und sich bei der weiteren Vermehrung ihres Vermögens fragwürdiger Mittel bedienen. Es geht um eine Kultur des Zusammenlebens in gegenseitigem Respekt, die auch von Bescheidenheit geprägt ist und nicht von Maßlosigkeit. *Gerechtigkeit*, wie wir sie heute verstehen, ist nicht nur eine Tugend der Einzelnen, sondern eine Tugend gesellschaftlicher Institutionen –

und sie leitet sich vom Gedanken der menschlichen Würde her, auf der unser ganzes Zusammenleben beruht. Auch hier eröffnet sich ein weite(re)s Feld für liberale Politik.

Auf dem Feld der Bürgerrechtspolitik muss man der FDP den Vorwurf machen, dass dieser Parteiflügel und diese Politik ausgegrenzt und ausgeblendet wurden – so sehr sich die ehemalige Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger auch bemüht hat. Diese Ausgrenzung und Ausblendung erfolgte über Jahrzehnte. In demselben Zeitraum wuchsen und wachsen Weltüberwachungsstaat und Überwachungskapitalismus bedrohlich weiter und parallel dazu – um nur ein Beispiel für das Nicht-Lösen wirklich großer Herausforderungen unserer Tage anzusprechen – die Rat-, Ideen- und Mutlosigkeit in puncto Asyl. Das gilt übrigens für alle Europäer.

Ich bin der Überzeugung, dass gerade eine solche schwierige Gesamtsituation ein weites Feld für neue liberale Initiativen und Lösungsansätze darstellt. Die Reaktion auf die digitale Revolution, ein Jahrhundertthema, ist ein wahres Freiheitsthema. Mit einem neuen liberalen Programm, das sich mit den aktuellen Problemen unseres Planeten auseinandersetzt, kann sich eine liberale Partei ihrer Beliebigkeit entledigen und Alleinstellungsmerkmale neu erarbeiten, denen die anderen Parteien nichts entgegenzusetzen hätten. Eine solche liberale Partei wird gebraucht – und dann auch wieder gewählt. Zurzeit wird sie nur vermisst: Und das reicht nicht für 5,0 %.



#### **Gerhart R. Baum**

Bundesminister a. D., 1972 bis 1994 MdB. Ab 1992 war er in der UNO für Menschenrechte tätig. Von 1978 bis 1982 übte er das Amt des Innenministers aus. Danach befasste er sich mit Bürgerrechten, Umweltschutz und Kulturpolitik. Er beteiligte sich an erfolgreichen Verfassungsbeschwerden.

[info@gerhart-baum.de](mailto:info@gerhart-baum.de)